

Antrag auf Erstzulassung als Kursträger der Berufssprachkurse gem. §§ 19 ff der Deutschsprachförderverordnung (DeuFöV)

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bundesamt) erteilt auf Antrag zur Durchführung der Berufssprachkurse (BSK) und des Einstufungstests gemäß §§ 19 ff DeuFöV privaten oder öffentlichen Kursträgern die Zulassung, wenn sie

1. zuverlässig und gesetzestreu sind,
2. in der Lage sind, berufsbezogene Deutschsprachförderung ordnungsgemäß durchzuführen (Leistungsfähigkeit) und insbesondere die Kontinuität des Lehrpersonals gewährleisten,
3. die notwendige Fachkunde besitzen,
4. ein Verfahren zur Qualitätssicherung und -entwicklung anwenden und
5. sich bereit erklären, Kooperationsvereinbarungen mit dem Bundesamt, mit anderen zugelassenen Kursträgern und anderen für die erfolgreiche Durchführung der Berufssprachkurse erforderlichen Akteuren abzuschließen.

Das Bundesamt entscheidet über den Antrag auf Zulassung nach Prüfung der eingereichten Unterlagen und im Regelfall nach örtlicher Prüfung, § 21 Abs. 1 S. 1 DeuFöV.

Weitere Informationen, insbesondere zur Stellung des Antrags auf Erstzulassung, die einzuhaltenen Antragsfristen sowie alle notwendigen Antragsvordrucke und Anlagen sind auf der Homepage des Bundesamtes eingestellt: https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/TraegerLehr-Fachkraefte/TraegerBerufssprachkurse/Zulassungsverfahren/zulassungsverfahren_node.html

Die Erteilung einer Zulassung setzt voraus, dass die dort genannten Voraussetzungen eingehalten wurden.

Die Prüfung der eingereichten Unterlagen erfolgt

1. nach Kriterien, deren Vorliegen zwingend erforderlich sind – hierzu gehören u. a.
 - Erfahrungen im Bereich der allgemein berufsbezogenen Sprachförderung
 - die Angabe der Höhe der Honorarlehrkräftevergütung,
 - Aussagen zu vorhandenen Qualitätssicherungs- und –entwicklungsverfahren
2. sowie nach Bewertungskriterien, für die abhängig von den Angaben des Antragstellers eine bestimmte Punktzahl vergeben wird. Ein entsprechender Punktecatalog mit den Bewertungskriterien und den erreichbaren Punkten sowie der Angabe der notwendigen Mindestpunktzahl für die Erteilung der Zulassung ist auf der Internetseite des Bundesamtes, unter o. g. Link, veröffentlicht.

Darüber hinaus enthält der Antrag Verpflichtungen und Erklärungen, von denen nicht abgesehen werden kann. Diese sind an den entsprechenden Stellen im Antrag und auf der letzten Seite des Antrags vermerkt und werden durch die Unterschrift des Zeichnungsberechtigten anerkannt.

Dieser Antrag auf Erstzulassung umfasst die Zulassung zur Durchführung von Basisberufssprachkursen nach § 12 Deutschsprachförderverordnung (DeuFöV) und von Spezialberufssprachkursen nach § 13 Abs. 1 Nr. 3, Nr. 4 DeuFöV (Zielsprachniveau B1 und A2).

Voraussetzung für eine Zulassung als Kursträger der Spezialberufssprachkurse nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 (Berufsanerkennung/Berufszugang und fachspezifischer Unterricht) ist eine Erstzulassung nach §§ 12, 13 Abs. 1 Nr. 3, Nr. 4 DeuFöV. Die Zulassung zur Durchführung von Spezialberufssprachkursen nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 ist mit gesondertem Formular zu beantragen.

Ein Antrag auf Zulassung als Kursträger ist für jeden Standort einzeln zu stellen. Um einen Standort in diesem Sinne handelt es sich, wenn eigene Verwaltungsstrukturen vorhanden sind und insbesondere die Organisation und Abrechnung der Kurse an diesem Ort durchgeführt werden. Um unselbstständige Schulungsstätten handelt es sich dagegen, wenn keine eigenen Verwaltungsstrukturen vorliegen, sondern diese Schulungsstätten von einem anderen Standort mit verwaltet werden. Zulassungen für unselbstständige Schulungsstätten werden mit dem "Meldebogen Schulungsstätte" im Rahmen des Zulassungsantrags für den dazugehörigen Standort beantragt.

Eine dreijährige Erstzulassung als Kursträger erfolgt, wenn alle zwingend erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind, wenn die vorgeschriebene Mindestpunktzahl erreicht wird, allen genannten Verpflichtungen zugestimmt wird und alle notwendigen Erklärungen abgegeben werden. Wird Lehrkräften ein Honorar pro Unterrichtseinheit gezahlt, das unter dem Mindesthonorar nach der jeweils gültigen Abrechnungsrichtlinie (AbrRL DeuFöV) liegt, derzeit 41 Euro pro Unterrichtseinheit, wird die Zulassung auf ein Jahr beschränkt.

Bitte füllen Sie den Vordruck am PC vollständig und sorgfältig aus und heften Sie sämtliche Antragsunterlagen (Antragsvordruck und Anlagen) geordnet in einen DIN-A-4-Aktenordner ein. Nummerieren Sie alle Antragsunterlagen durchgehend mit Seitenzahlen. Eine systematische Ordnung der Antragsunterlagen durch Trennblätter ist erforderlich. DIE NICHTBEACHTUNG DIESER FORMVORGABEN FÜHRT ZU PUNKTABZUG! Für die Beantwortung sind die vorgesehenen Felder auszufüllen. Zusätzlich können Anlagen zur nachvollziehbaren Erläuterung eingereicht werden. Es sind keinesfalls Flyer, Prospekte, CDs, DVDs etc. einzureichen. Das Bundesamt behält sich vor, Unterlagen nachzufordern.

Soweit in diesem Antrag vom „Antragsteller“ die Rede ist, wird diese Form verallgemeinernd verwendet und bezieht sich auf alle Geschlechter. Dies gilt auch für alle weiteren personenbezogenen Bezeichnungen.

Teil A Angaben zum Antragstellenden, § 20 Abs. 1 DeuFöV

A.1.	Angaben zum Antragstellenden, § 20 Abs. 1 Nr. 1, 2 DeuFöV		
A.1.1	Name / Unternehmensbezeichnung des zentralen Unternehmenssitzes bzw. Hauptverwaltungssitzes (Firmenzentrale oder selbständige Niederlassung in Deutschland)		
A.1.2	Straße / Hausnummer		
A.1.3	PLZ / Ort		
A.1.4	Telefon		
A.1.5	Telefax		
A.1.6	Email-Adresse		
A.1.7	Internetadresse		

A.2.	Rechtsform und Daten der gesetzlichen Vertretung, § 20 Abs. 1 Nr. 1, 2 DeuFöV	
A.2.1	<p>Gesellschaftsform:</p> <p><input type="checkbox"/> Juristische Person, z.B. GmbH, e.V., AG, Körperschaft, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts</p> <p>oder</p> <p><input type="checkbox"/> Personengesellschaft, z.B. GbR, OHG, KG, GmbH & Co KG/OHG</p>	<p>Gesellschaftsform:</p> <p>Vertretung nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag (Nachweis bitte beilegen als Anlage Nr.):</p> <p>Name:</p> <p>Vorname:</p> <p>Geburtsdatum:</p> <p>Geburtsort:</p> <p>Geschlecht: bitte auswählen!</p> <p>Adresse:</p> <p>Weitere Vertreter und deren persönliche Daten bitte auf einem Beiblatt benennen (Anlage Nr.)</p>
A.2.2	<p><input type="checkbox"/> Natürliche Person</p>	<p>Name:</p> <p>Vorname:</p> <p>Geburtsdatum:</p> <p>Geburtsort:</p> <p>Geschlecht: bitte auswählen!</p> <p>Adresse:</p>
A.2.3	<p>Bei erfolgter Eintragung in das Vereins- oder Handelsregister ist ein entsprechender Auszug beizufügen, anderenfalls eine Gewerbeanmeldung, Satzung oder Vergleichbares. (Anlage Nr.)</p>	
A.2.4	<p>Ansprechperson für Antragstellung</p> <p>Telefonnummer</p> <p>E-Mailadresse</p>	

A.3.	Angaben zur Zuverlässigkeit und Gesetzestreue des Antragstellenden, § 20 Abs. 1 DeuFöV
A.3.1	<p>Erklärung zu Insolvenzverfahren, Vorstrafen, Strafverfahren, u. a., § 20 Abs. 1 Nr. 3 DeuFöV</p> <p>Der Antragstellende versichert, dass gegen seine gesetzlichen Vertreter oder gegen die zur Vertretung oder Geschäftsführung berechtigten Personen kein staatsanwalt-schaftliches Ermittlungsverfahren innerhalb der letzten fünf Jahre im In- oder Ausland durchgeführt wurde, und dass gegen die genannten Personen kein Strafverfahren an-hängig ist. Er erklärt weiterhin, dass diese Personen nicht vorbestraft sind.</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein (Falls hierzu keine Angaben gemacht werden, wird der Antrag abgelehnt.)</p> <p>Auf Verlangen des Bundesamtes hat der Antragstellende zum Nachweis seiner Anga-ben ein behördliches Führungszeugnis gemäß § 30 Abs. 5 Bundeszentralregisterge-setz für sich oder seine gesetzlichen Vertreter bzw. die zur Vertretung oder Geschäfts-führung berechtigten Personen vorzulegen.</p> <p>Zudem erklärt der Antragstellende, dass gegen ihn oder seine gesetzlichen Vertreter oder gegen die zur Vertretung oder Geschäftsführung berechtigten Personen in den letzten fünf Jahren kein Insolvenzverfahren und kein Gewerbeuntersagungsverfahren im In- oder Ausland durchgeführt wurde.</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein (Falls hierzu keine Angaben gemacht werden, wird der Antrag abgelehnt.)</p> <p>Als Nachweis ist ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister beizufügen, der nicht älter ist als drei Monate. (Anlage Nr.)</p>
A.3.2	<p>Übersicht zur Durchführung von Förderprogrammen oder vergleichbaren Maßnahmen, § 20 Abs. 1 Nr. 4 DeuFöV</p> <p>Fügen Sie bitte eine Kurzübersicht als Anlage bei, aus der hervorgeht, welche Förder-programme von öffentlichen Auftraggebern oder vergleichbare Fördermaßnahmen Sie bereits durchgeführt haben und/oder aktuell durchführen. (Anlage Nr.)</p>
A.3.3	<p>Erklärung zu Widerruf der Zulassung oder Ablehnung einer Folgezulassung, § 20 Abs. 1 Nr. 5 DeuFöV</p> <p>Der Antragstellende erklärt, dass nicht innerhalb der letzten drei Jahre sein Antrag auf Zulassung als Berufssprachkurs- oder Integrationskursträger abgelehnt oder seine Zu-lassung widerrufen oder sein Folgeantrag abgelehnt wurde. Er erklärt darüber hinaus, dass seine gesetzlichen Vertreter oder die zur Vertretung oder Geschäftsführung Be-rechtigten nicht innerhalb der letzten drei Jahre als vertretungsberechtigte Personen eines anderen Berufssprachkurs- oder Integrationskursträgers an der Ablehnung des-sen Antrags auf Zulassung als Berufssprachkurs- oder Integrationskursträger oder Folgeantrags oder Widerruf der Zulassung beteiligt waren.</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein (Falls hierzu keine Angaben gemacht werden, wird der Antrag abgelehnt.)</p>

A.4.	Angaben zu Zulassungsanträgen	
A.4.1	Eine Zulassung als Kursträger für Berufssprachkurse ist bereits vorhanden?	<input type="checkbox"/> ja, mit Standortnummer: <input type="checkbox"/> nein
A.4.2	Ergänzende Beantragung der Zulassung von Spezialberufssprachkursen nach § 13 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 i. V. m. § 20 Abs. 4 DeuFöV Über die Zulassung zur Durchführung von Basisberufssprachkurse nach § 12 DeuFöV und Spezialberufssprachkurse mit dem Zielsprachniveau A2 und B1 nach § 13 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 DeuFöV hinaus beantrage ich ergänzend die Zulassung zur Durchführung von <input type="checkbox"/> § 13 Abs. 1 Nr. 1 DeuFöV: Akademische Heilberufe <input type="checkbox"/> § 13 Abs. 1 Nr. 1 DeuFöV: Gesundheitsfachberufe <input type="checkbox"/> § 13 Abs. 1 Nr. 2 DeuFöV: Einzelhandel <input type="checkbox"/> § 13 Abs. 1 Nr. 2 DeuFöV: Gewerbe-Technik Bitte die entsprechenden Anträge als Anlage beifügen (Anlage Nr.).	
A.4.3	Zulassungen für weitere Standorte, § 19 Abs. 2 S. 1, 2 DeuFöV Ich beantrage die Zulassung für folgende weitere Standorte (Standorte sind Orte, an denen eigene Verwaltungsstrukturen vorhanden sind und die insbesondere die Organisation und Abrechnung der Kurse durchführen). <input type="checkbox"/> Ja, ich beantrage die Zulassung für folgende weitere Standorte (für jeden Standort ist zusätzlich bei dem jeweils örtlich zuständigen Hauptstandort des Bundesamtes ein vollständiger Zulassungsantrag zu stellen): <div style="margin-left: 40px;">Bundesland:</div> <div style="margin-left: 40px;">Ort:</div> <input type="checkbox"/> Nein	

A.5.	Grunddaten des beantragten Standortes		
A.5.1	Straße / Hausnummer		
A.5.2	PLZ / Ort		
A.5.3	Ansprechperson für Standort		
A.5.4	Telefonnummer		
A.5.5	Email-Adresse		
A.5.6	Bundesland		
A.5.7	Bezirk der Agentur für Arbeit		
A.5.8	Bankverbindung des Standortes Name des Kreditinstituts Kontoinhaber/in BIC IBAN		

A.6.	Zulassung von Schulungsstätten am beantragten Standort Für alle Schulungsstätten am beantragten Standort bzw. im Einzugsbereich des beantragten Standortes, in denen Berufssprachkurse durchgeführt werden sollen, ist ein gesonderter „Meldebogen Schulungsstätte“ beizufügen. Wird dieser nicht eingereicht, wird die beantragte Schulungsstätte abgelehnt. Bitte äußern Sie sich ergänzend, ob diese Kapazitäten auch tatsächlich für Berufssprachkurse genutzt werden können oder bereits durch andere Maßnahmen belegt sind. Die Meldebogen für Schulungsstätten sind dem Antrag als Anlage beizufügen. (Anlagen Nr. bis)
-------------	---

Teil B Angaben zur Leistungsfähigkeit des Antragstellenden, § 20 Abs. 2 DeuFöV

B.1.

Erfahrungen mit Maßnahmen der berufsbezogenen Sprachförderung
i.S.v. § 20 Abs. 2 Nr. 1 und 2 DeuFöV

a. Verfügen Sie über praktische Erfahrungen im Bereich der Organisation und Durchführung von Sprachvermittlungskursen, insbesondere von berufsbezogenen Maßnahmen der Sprachförderung?

☐ Ja, seit Jahren☐ Nein (In diesem Fall wird der Antrag abgelehnt.)

b. Falls ja, bitte in der folgenden Tabelle darstellen und entsprechende standortbezogene Referenzen der Leistungsträger/Arbeitgeber, die diese Angaben bestätigen und sich auf bereits tatsächlich durchgeführte Kurse beziehen (Bescheide, Abrechnungen, etc. reichen nicht aus), zugeordnet als **Anlage Nr.** vorlegen. Für jede Maßnahme ist ein eigenständiges Referenzscheiben des jeweiligen Leistungsträgers/Arbeitgebers einzureichen. Das Fehlen von Referenzen führt zur Ablehnung des Antrags. Erfahrungen, die älter sind als fünf Jahre, finden keine Berücksichtigung.

[illegible]

B.2.	<p>Erfahrungen mit Kompetenzfeststellungen i.S.v. § 20 Abs. 2 Nr. 3 DeuFöV</p> <p>Wenn Sie bereits über Erfahrungen mit Kompetenzfeststellungsverfahren in der berufsbezogenen Sprachförderung Deutsch als Zweitsprache verfügen, reichen Sie bitte Unterlagen ein, die diese Erfahrungen belegen. Nicht gemeint sind hier Erfahrungen im Bereich der Integrationskurse. (Anlage Nr.)</p>
B.3.	<p>Qualitätssicherung i.S.v. § 20 Abs. 2 Nr. 4, Nr. 5 und Abs. 3 DeuFöV</p> <p>a. Welche der folgenden Maßnahmen führen Sie durch bzw. bieten Sie an?</p> <p><input type="checkbox"/> Hospitationen im Unterricht durch Trägerverantwortliche mit anschließender Auswertung</p> <p><input type="checkbox"/> regelmäßiger fachlicher Austausch der Lehrkräfte untereinander</p> <p><input type="checkbox"/> Beschwerdemanagement für Teilnehmende</p> <p><input type="checkbox"/> regelmäßige Unterrichtsevaluation durch die Teilnehmenden</p> <p><input type="checkbox"/> Informationen für neue Lehrkräfte über die Rahmenbedingungen zur Durchführung von Kursen</p> <p><input type="checkbox"/> Sonstiges</p> <p>Über obenstehende Aktivitäten sind schriftliche Nachweise vorzulegen. (Anlage Nr.)</p> <p><input type="checkbox"/> Bereitstellung eines Vorbereitungsraums für die Lehrkräfte</p> <p><input type="checkbox"/> Bereitstellung einer Fachbibliothek für die Lehrkräfte</p> <p><input type="checkbox"/> Regelmäßige Informationsveranstaltungen für die Lehrkräfte</p> <p>Maßnahmen, die älter sind als fünf Jahre, finden keine Berücksichtigung.</p> <p>b. Erfolgsbeurteilung der Berufssprachkurse</p> <p>Ziel des Bundesamtes ist es, dass die Kurse erfolgreich durchgeführt und laufend bedarfsgerecht fortentwickelt werden. Daher ist eine ständige Evaluierung der Kurse notwendig und erforderlich. Bitte führen Sie aus, wie Sie die von Ihnen durchgeführten Maßnahmen evaluieren und den Erfolg messen. (Anlage Nr.)</p> <p>c. Zertifikat des Qualitätsmanagements</p> <p>Eine der Voraussetzungen für die Zulassung als Berufssprachkursträger ist der Einsatz eines Verfahrens zur Qualitätssicherung und –entwicklung, welches durch eine entsprechende Zertifizierung nachzuweisen ist. Eine Liste mit den vom Bundesamt anerkannten Qualitätszertifikaten finden Sie auf der Internetseite: https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/TraegerLehrFachkraefte/TraegerBerufssprachkurse/Zulassungsverfahren/zulassungsverfahren_node.html</p> <p>Über welche aktuell gültigen anerkannten Qualitätsmanagementzertifikate verfügen Sie?</p> <p>Legen Sie diese in Kopie bei. (Anlage Nr.)</p> <p>Ist ein anerkanntes und gültiges Qualitätsmanagementzertifikat nicht vorhanden, wird der Antrag abgelehnt.</p>

	<p>d. IT-Sicherheit</p> <p>Beschreiben Sie, welche Maßnahmen Sie im Rahmen der Sicherheit für die Informationstechnik ergreifen. (Anlage Nr.)</p>																						
B.4.	<p>Verwaltungsstruktur bezogen auf den Standort i.S.v. § 20 Abs. 2 Nr. 6 DeuFöV</p> <p>a. Bezug zur Schulungsstätte</p> <p>Beschreiben Sie, wie Sie die Kursverwaltung in Bezug auf die Schulungsstätten sowie die Kommunikation mit diesen gestalten (Anlage Nr.)</p> <p>b. Verwaltungskraft</p> <p>Ist für die im Rahmen der Berufssprachkurse anfallenden Verwaltungsaufgaben mindestens eine eigene Verwaltungskraft, die nicht gleichzeitig auch eine Lehrtätigkeit für diesen Antragstellenden ausübt, vorhanden? Es genügt bzw. genügen auch eine oder mehrere Teilzeitkräfte, wenn diese alle anfallenden Verwaltungsaufgaben übernehmen kann/können.</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein (In diesem Fall wird der Antrag abgelehnt.)</p>																						
B.5.	<p>Einrichtung und Gestaltung der Unterrichtsräume, der Sachausstattung, der technischen Ausstattung und dem System der Datenübermittlung i.S.v. § 20 Abs. 2 Nr. 7 DeuFöV</p> <p>Bitte geben Sie an, an welchen Schulungsstätten, die vom beantragten Standort aus verwaltet werden, Berufssprachkurse durchgeführt werden. Für jede Schulungsstätte, auch wenn diese unter derselben Anschrift wie der Standort läuft, ist bitte ein „Meldebogen Schulungsstätte“ als Anlage einzureichen.</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Anschrift</th><th>Anlage</th></tr> </thead> <tbody> <tr><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td></tr> </tbody> </table> <p>In dem Meldebogen bzw. den Meldebögen äußern Sie sich bitte neben den allgemeinen Angaben zu Räumen, Raumausstattung und Barrierefreiheit auch zur Ausstattung im Hinblick auf den Einsatz neuer Medien bei der Vermittlung von Lerninhalten.</p>	Anschrift	Anlage																				
Anschrift	Anlage																						

B.6. Personelle Ausstattung, Qualifikationen, Vergütung und Kontinuität des Personaleinsatzes sowie Einsatz neuer Medien bei der Vermittlung von Lerninhalten i.S.v. § 20 Abs. 2 Nr. 9 und 8 DeuFöV

a. Personal für Einstufungstest

Der Antragstellende verpflichtet sich, die Einstufungstests nur mit ausreichend qualifiziertem Personal durchzuführen, das nach § 18 Abs. 1 oder 2 DeuFöV als Lehrkraft zugelassen ist.

☐ Ja

☐ Nein (In diesem Fall wird der Antrag abgelehnt.)

b. Personalausstattung

Bitte stellen Sie Ihre **Personalausstattung** im Hinblick auf die Lehrkräfte am Standort unter Angabe der **Qualifikation** nach § 18 Abs. 1 bis 5 DeuFöV dar. Für ggf. am Standort eingesetzte Fachdozentinnen und -dozenten im Sinne von § 18 Abs. 6 DeuFöV geben Sie bitte ebenfalls die Qualifikation an. (**Anlage Nr.**)

c. Lehrkräftevergütung

Mit welchem Stundensatz (pro UE 45 Minuten) werden Sie die Honorarlehrkräfte in Ihren Berufssprachkursen mindestens vergüten? Bitte geben Sie nur den Stundensatz für die reine Lehrvergütung an.

Betrag brutto in EUR: (Falls Sie hierzu keine Angaben machen, wird der Antrag abgelehnt. Falls der Satz unter dem Mindesthonorar nach der jeweils gültigen Abrechnungsrichtlinie (AbrRL DeuFöV) liegt, derzeit 41 Euro pro Unterrichtseinheit, wird die Zulassung nur für ein Jahr erteilt, § 20 Abs. 2 Nr. 9 i. V. m. § 21 Abs. 2 S. 5 DeuFöV.)

Der Antragstellende verpflichtet sich, jeder seiner Honorarlehrkräfte mindestens die im Antrag genannte Höhe der Lehrkräftevergütung zu zahlen und jede Reduzierung unverzüglich dem Bundesamt mitzuteilen.

☐ Ja

☐ Nein (In diesem Fall wird der Antrag abgelehnt.)

d. Kontinuität

Stellen Sie bitte dar, wie Sie die **Kontinuität** des vorhandenen Lehrpersonals sicherstellen. (**Anlage Nr.**)

e. Prüfendenlizenz

Geben Sie an, inwieweit Personen mit Prüfendenlizenzen unter Angabe der Niveaustufen nach GER (A1 bis C2) zur Verfügung stehen. Reichen Sie hierzu die aktuell gültigen Lizenzen ein.

(ggf. Anlage Nr.)

	<p>f. Erfahrung mit Einsatz neuer Medien (digitale Kompetenz)</p> <p>Bitte stellen Sie Ihre digitalen Kompetenzen in Bezug auf die Vermittlung von Lerninhalten und die Erreichung von Lernzielen in Sprachkursen dar – insbesondere im Hinblick auf die Kompetenzen und Erfahrungen Ihrer Sprachlehrkräfte – und belegen diese.</p> <p>(Anlage Nr.)</p>
B.7.	<p>Kenntnisse des Arbeitsmarkts und Bedarfsanalyse für den jeweiligen Standort i.S.v. § 20 Abs. 2 Nr. 10 DeuFöV</p> <p>Stellen Sie dar, in welchen Arbeitsmarktsegmenten Ihres Standortes Sie Sprachförderbedarf sehen. Inwieweit können die von Ihnen angebotenen Berufssprachkurse zur Deckung dieses Bedarfes beitragen?</p> <p>(Anlage Nr.)</p>
B.8.	<p>Zusammenarbeit vor Ort i.S.v. § 20 Abs.2 Nr. 11 und 12 DeuFöV</p> <p>a. Arbeiten Sie vor Ort mit</p> <p><input type="checkbox"/> Betrieben,</p> <p><input type="checkbox"/> anderen Kursträgern,</p> <p><input type="checkbox"/> Agenturen für Arbeit/Jobcentern oder</p> <p><input type="checkbox"/> Beratungsstellen für Migranten</p> <p>zusammen? Bitte beschreiben Sie für jeden Ihrer Partner die Zusammenarbeit und gehen dabei insbesondere auf die Dauer und Intensität dieser Zusammenarbeit ein.</p> <p>(Anlage Nr.)</p> <p>b. Bitte machen Sie Angaben zur geplanten bzw. zur bereits bestehenden Zusammenarbeit mit anderen Sprachkursträgern. Stellen Sie dabei Ihre organisatorischen Fähigkeiten dar, gemeinsam mit anderen Sprachkursträgern Kurse in der Region durchzuführen. (Anlage Nr.)</p> <p>c. Der Antragstellende verpflichtet sich, mit den anderen örtlich zugelassenen Berufssprachkursträgern zusammenzuarbeiten, an den für o. g. Schulungsstätten örtlichen Bedarfsplanungen mitzuwirken und an den entsprechenden Quartalsgesprächen teilzunehmen.</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein (Falls hierzu keine Angaben gemacht werden, wird der Antrag abgelehnt.)</p>

Erklärungen und Verpflichtungen zum Antrag auf Erstzulassung als Kursträger

Der Antragstellende erklärt sich einverstanden, dass

- die Angaben im Antrag elektronisch erfasst, bearbeitet und gespeichert werden, auch soweit es sich um personenbezogene Daten handelt.
(Datenspeicherung)
- das Bundesamt zur Überprüfung der in § 20 Abs. 1 Nr. 3 DeuFöV festgelegten Anforderungen anlassbezogen Auskünfte von Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden in Bezug auf die Person des Antragstellenden oder seiner gesetzlichen Vertreter bzw. der zur Vertretung oder Geschäftsführung berechtigten Personen einholen kann. Der Antragstellende willigt ein, jederzeit auch während des laufenden Zulassungszeitraums auf Verlangen des Bundesamtes ein behördliches Führungszeugnis gemäß § 30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz für sich, seine gesetzlichen Vertreter bzw. die zur Vertretung oder Geschäftsführung berechtigten Personen zur Überprüfung der in § 20 Abs. 1 Nr. 3 DeuFöV festgelegten Anforderungen vorzulegen. Ferner erklärt sich der Antragstellende einverstanden, dass die Daten des Vertretungsberechtigten zur sicherheitsrelevanten Überprüfung an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet werden.
(Überprüfung der Zuverlässigkeit und Gesetzestreue)
- der Trägernamen und die Anschrift im Falle einer Zulassung in die öffentlich zugängliche Trägerliste des Bundesamtes aufgenommen werden.
(Aufnahme in die öffentliche Trägerliste)
- das Kursangebot und verfügbare Kursplätze sowie die Trägerdaten (z. B. Name, Adresse, Name der Ansprechperson) nach den Vorgaben des Bundesamtes veröffentlicht werden.
(Veröffentlichung des Kursangebots)

Der Antragstellende versichert, dass

- die Angaben in diesem Antrag, seinen Anlagen und Beiblättern wahrheitsgemäß und vollständig sind. Dem Antragstellenden ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben zum Widerruf oder zur Rücknahme der Zulassung führen können.
(Wahrheitsgemäße und vollständige Angabe)
- sich ergebende Änderungen zu den gemachten Angaben während des Zulassungszeitraums dem Bundesamt unverzüglich mitgeteilt werden.
(Mitteilungspflicht bei Änderungen)
- innerhalb der letzten fünf Jahre im Inland oder im Ausland gegen ihn keine Strafen oder Bußen wegen illegaler Beschäftigung (§ 404 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 3 des Sozialgesetzbuches Drittes Buch, §§ 15, 15 a, 16 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, § 8 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung) ausgesprochen wurden.
(ordnungsgemäße Beschäftigung von Mitarbeitenden)
- über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren eröffnet oder beantragt worden und kein solcher Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist und er den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie den Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachgekommen ist.
(Zuverlässigkeit und Gesetzestreue)

- weder er noch seine Beschäftigten noch gegebenenfalls von ihm beauftragte Dritte, für die Durchführung von berufsbezogener Deutschsprachförderung nach § 45a AufenthG die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten.

(Zuverlässigkeit und Gesetzestreue)

- die Verpflichtung zur Kooperation mit den Beteiligten der berufsbezogenen Deutschsprachförderung und weiteren zugelassenen Kursträgern bekannt ist und dieser Verpflichtung nachgekommen wird.

(Kooperation mit Beteiligten der berufsbezogenen Sprachförderung)

Dem Antragstellenden ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich gemäß § 264 des Strafgesetzbuches sind. Ebenso ist § 4 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist.

Weiterhin ist dem Antragstellenden bekannt, dass er zur elektronischen Datenübermittlung an das Bundesamt verpflichtet ist. Erforderlich ist als technische Mindestvoraussetzung eine Internetverbindung mit einer Bandbreite von mindestens 1 MBit/s und ein Web-Browser in aktueller Form. Eine Zulassung als Kursträger kann erst nach Durchführung des Anschlussverfahrens zum Online-Verfahren und entsprechender Freigabebescheinigung durch das Bundesamt erfolgen.

Name des Antragstellers/Vertretungsberechtigten:

,
(Ort, Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers /Vertretungsberechtigten + Stempel)